

16. Januar 2021

Offener Brief

an die Mitglieder der Fraktionen von

**CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/PIRATEN,
BVB Freie Wähler-FBB und FDP/BiK-BiT/IGH**

im Kreistag Potsdam-Mittelmark

**Verweigern Sie der Beschlussvorlage des Landrats Nr. 2021/229 vom 10.12.2020
„Gemeinschaftsunterkunft Schmerwitz“ Ihre Zustimmung!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir engagieren uns beim **Runden Tisch für Asyl und Migration Potsdam-Mittelmark (PM)**.

In diesem Netzwerk sind Menschen versammelt, die sich in unterschiedlicher Weise für die Belange von Geflüchteten in unserem Landkreis einsetzen. Langjährige und vielfältige Erfahrungen in Bezug auf fast alles, was Geflüchtete in ihrem Alltag hier betrifft, kommen am Runden Tisch zusammen: Unterkunft; Spracherwerb; Vermittlung an Beratungsstellen und Anwält*innen; Hilfe bei der alltäglichen Kommunikation mit Behörden, Vertragspartnern, Schulen; Begleitung zu Ärzt*innen; Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung, persönliche Lebensfragen etc..

Das Leben in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften (GU) erachten alle Akteure des Runden Tisches – gleich, ob ehrenamtlich oder professionell tätig – erfahrungsgeleitet als hochproblematisch!

In der Ihnen vorliegenden Beschlussvorlage Nr. 2021/229 weist der Landrat darauf hin, dass die Konzeption des Landkreises PM zur Unterbringung von Geflüchteten die Anmietung von Wohnungen vorsieht und dass in dieser Richtung gute Fortschritte gemacht wurden. Das finden auch wir erfreulich und unterstützenswert!

Dennoch erwartet die Verwaltung jetzt Ihre Zustimmung zur Errichtung einer GU für bis zu 224 Geflüchtete in einem Dorf, in dem bislang etwa ebenso viele Menschen beheimatet sind.

Dass unter Pandemiebedingungen überhaupt noch über neue GU nachgedacht wird, erscheint uns unbegreiflich.

Aber auch ohne Pandemie sprechen gewichtige Gründe gegen GU – sowohl im Allgemeinen wie auch konkret in Bezug auf die geplante Errichtung in Schmerwitz:

- Die fehlende Intimsphäre (2- bis 6-Bett-Zimmer) führt bei den Bewohner*innen regelmäßig zu großer psychischer Belastung mit Symptomen unterschiedlicher Art und Ausprägung (Ruhelosigkeit, Schlafstörungen, Konzentrationsstörungen/Lernblockaden, Depressionen, aggressives Verhalten etc.).
- Es kommt zu einem ‚Ghetto-Effekt‘, d.h., persönliche Kontakte zur einheimischen Bevölkerung in der Nachbarschaft sind durch die Wahrnehmung als ‚große Gruppe Fremder‘ massiv erschwert.
- Insbesondere wenn sich GU in Ortschaften mit mangelhafter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und fehlender Versorgungsinfrastruktur befinden, bedeutet das eine massive Zuspitzung der oben genannten Probleme. Auch dringend notwendige Beratungsstellen, Arztpraxen, Sprachkurse u.a. sind dann kaum erreichbar.
- In der Beschlussvorlage wird Schmerwitz als gut angebunden dargestellt. Dieser Darstellung widersprechen wir entschieden!
Schmerwitz verfügt, abgesehen von einem Hofladen und einem kleinen, gut ausgebuchten Naturkindergarten, über keinerlei Versorgungsinfrastruktur.
Die Bewohner*innen leben gerne in ihrem Dorf und nehmen dafür die Wege in Kauf, die sie in erster Linie mit dem Auto bewältigen.
Neu zugewiesene Geflüchtete hingegen wären absolut auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen!
Der Bustakt nach Schmerwitz reicht knapp für die Schulkinder Richtung Wiesenburg und Bad Belzig. Am Wochenende und werktags ab 18 Uhr ist Schmerwitz mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar!
Die Nutzung des genannten Rufbusses am Wochenende scheitert für Menschen, die die deutsche Sprache erst lernen müssen, an dieser Sprachbarriere.
- 2015 sind in Schmerwitz etliche Flüchtlingsfamilien aufgenommen und von einem Netzwerk innerhalb des Dorfes unterstützt und integriert worden. Es handelte sich um etwa 50 Personen – Familien, die in Wohnungen untergebracht wurden. Das war eine herausfordernde Erfahrung. Aber sowohl die Tatsache, dass die Neuankömmlinge in Wohnungen, Wand an Wand mit einheimischen Nachbar*innen, lebten, wie auch die Anzahl der Menschen, waren für die Bewältigung der Aufgabe entscheidend.
In der Beschlussvorlage geht es nun um über 200 Geflüchtete in einer GU. Das ist für diesen Personenkreis schwer erträglich (s.o.) und bedeutet auch für die Dorfbewohner*innen absehbar eine Überforderung.
So kann Integration nicht gelingen!

Trotz wiederholter Anfragen an den Landkreis bezüglich etwaiger Pläne zur Unterbringung von Geflüchteten in Schmerwitz, hat es die Kreisverwaltung anscheinend bewusst vermieden, im Vorfeld das Gespräch mit der Schmerwitzer Bevölkerung aufzunehmen, die von dem Plan nun aus der Presse erfahren musste.

Einmal mehr wurde hier offenkundig versäumt, in einem partizipativen Prozess zu einer tatsächlich tragfähigen und belastbaren Lösung zu kommen. Warum? Ein solches Vorgehen über die Köpfe der Betroffenen hinweg führt doch bekanntermaßen leicht zu fremdenfeindlicher Stimmung.

Zuwanderung und Entwicklung des ländlichen Raumes müssen zusammengedacht und gemeinsam mit den Akteuren vor Ort – dazu zählen neben den Bürger*innen auch die Verantwortlichen in kommunaler Politik und Verwaltung – transparent und fair erörtert werden! Unter dieser Voraussetzung kann eine weitgehend einvernehmliche Verständigung auf passfähige Konzepte gelingen, kann Zuwanderung zur Entwicklung des ländlichen Raumes beitragen.

Das gilt auch im ‚Fall Schmerwitz‘. Dort gibt es engagierte Bewohner*innen, die an der Entwicklung ihres Dorfes und des ländlichen Raumes sehr interessiert sind und ihre Kompetenzen einbringen könnten. Zudem gibt es eine aufgeschlossene Kommunalpolitik, die – wie das aktuelle Statement des Bürgermeisters der Gemeinde Wiesenburg zu der geplanten GU in Schmerwitz zeigt – bereit ist, mit konkreten Unterstützungsangeboten zu einer Lösungsfindung beizutragen. Die Kreisverwaltung wäre aus unserer Sicht gut beraten, diese Offenheit zu nutzen und den konstruktiven Dialog mit den Akteuren vor Ort zu suchen.

Schließlich bezweifeln wir – nicht nur aufgrund der weiterhin rückläufigen Anzahl an Asylantragsteller*innen in Deutschland – grundsätzlich die vom Landkreis dargestellte Notwendigkeit der in Schmerwitz geplanten GU.

Wohnheimplätze im PM bleiben immer wieder unnötig lange belegt.

Denn nach wie vor wird Geflüchteten, die schon in sozialversicherungspflichtigen Anstellungen beschäftigt sind und ihren Unterhalt selbst bestreiten, gar nicht oder nur sehr verzögert die Erlaubnis zum Umzug in Wohnungen außerhalb des Landkreises erteilt.

Wir wissen von Geflüchteten, die schon lange nicht mehr im Wohnheim leben müssten, weil sie sogar von ihren Arbeitgebern bei der Wohnungssuche (in Potsdam und anderswo) unterstützt werden. Ihnen fehlt allein die Zustimmung zum Umzug durch die Ausländerbehörde.

Aus den vorstehend skizzierten Gründen appellieren wir nachdrücklich an Sie, die Beschlussvorlage des Landrats Nr. 2021/229 zur „Gemeinschaftsunterkunft Schmerwitz“ abzulehnen und stattdessen auf die Erarbeitung von partizipativen Lösungen – in Schmerwitz und andernorts im Landkreis – zu drängen.

Für Fragen und/oder einen weitergehenden Austausch zu der in Rede stehenden Thematik stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Hans Hansen, Potsdam, 0173 / 247 9668
Ruth Koschel, Bad Belzig, 01525 / 7605033
Martin Kühn, Saarmund, 0176 / 96994206
Katrín Möbius, Bad Belzig
Max Steinacker, Kleinmachnow, 0176 / 38070436
Edith Volkmer, Michendorf